

dradio.de

URL: <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/politischesfeuilleton/570561/>

POLITISCHES FEUILLETON

06.12.2006 · 07:20 Uhr



Hände eines alten Mannes (Bild: AP)

Grämen auf der Couchgarnitur

Kein Herz für Rentner?

Von Florian Felix Weyh

Dieser Tage sitzt ein mir bekanntes Rentnerehepaar auf seiner nagelneuen Couchgarnitur und grämt sich sehr, statt sich der prächtigen Neuerwerbung zu erfreuen. Sind die Sofafüße zerkratzt? Hat der Stoffbezug nicht die gewünschte Qualität? - Nichts dergleichen. Der Gram der Eheleute grenzt gefährlich nah an Staatsverdrossenheit, und das hat gute Gründe, die in der schlechtesten aller Steuerordnungen liegen, der deutschen.

Der Reihe nach. Das Rentnerpaar hat die Signale der Mehrwertsteuererhöhung wohl vernommen. Also zieht es den Kauf der Couchgarnitur von 2007 oder 2008 auf dieses Jahr vor. Damit plündert es zwar seine Ersparnisse - doch was soll im Rentnerleben schon an finanziellen Sonderlasten drohen? Die Einnahmen fließen ebenso stetig wie die Ausgaben, man kann diese Flüsse ungefähr vorausberechnen. Wäre da nicht Vater Staat mit einer gravierenden Systemänderung. Seit 1.1.2005 werden Renten vermehrt besteuert. Das ist auch vollkommen legitim in einem Staat, der alle Bevölkerungsgruppen beim Sparen beteiligen will, und es trifft nicht die ärmsten Rentner, sondern die des Mittelstands. Die einlullenden Behauptungen, von realen Steuererhöhungen sei nur eine Minderheit betroffen, verklangen allerdings rasch. Im Gegenteil, Steuerberater berichten, dass viel mehr Rentner plötzlich höhere Steuern bezahlen, als ursprünglich angenommen, ja oft erstmals überhaupt zu Kasse gebeten werden. Das liegt auch in der Logik des Systemwechsels: Wozu sollte man ihn durchführen, wenn er anschließend nichts einbrächte? Kostenneutrale Steuerrechtsänderungen gibt es nicht, denn dafür hätte die Politik kein Motiv. Geändert wird das Steuerrecht nur, wo anschließend die Kasse lauter klingelt als zuvor.

Wie gesagt, im Prinzip wäre das vollkommen legitim - wenn der Staat mit offenen Karten spielen würde. Im Fall des Rentnerehepaars passierte aber Folgendes: Fürs Jahr 2005, in dem schon höhere Steuern als 2004 zu erwarten waren, wurde die Steuervorauszahlung durchs Finanzamt trügerisch niedrig berechnet und wog die Rentner in falscher Sicherheit. Das ging 2006 so weiter, denn die abschließende Steuererklärung 2005 wanderte erst im Sommer dieses Jahres ans Finanzamt, wo sie naturgemäß ein paar Monate herumlag. Nichts Böses ahnend, bestellte das Rentnerehepaar die Couchgarnitur. Fast zeitgleich mit deren Lieferung traf dann auch der Steuerbescheid ein. Er enthielt eine ziemlich saftige Nachzahlung für 2005 und die Aufforderung, fast dieselbe Summe als nachträgliche Vorauszahlung für 2006 zu bezahlen. Beides fällig kurz vor Weihnachten.

Freiberufler lächeln jetzt milde: Natürlich, so ist das mit dem Finanzamt! Dessen Forderungen kommen immer zur Unzeit, weswegen man Rücklagen bilden und eine Liquiditätsplanung aufstellen muss. Aber Rentner sind keine Unternehmer. Sie haben ein Recht darauf, vom Staat besser aufgeklärt zu werden, als diejenigen, denen kaufmännisches Denken in Fleisch und Blut übergegangen ist. Der Staat in Gestalt seiner Vollzugsbeamten hat ihnen höflich und zuvorkommend entgegenzutreten, keinesfalls gleichgültig oder besserwisserisch. Doch der

Sachbearbeiter, auf den Fall angesprochen, führte nur den Aufwand ins Feld, der entstanden wäre, hätte man alle potenziell Betroffenen vorab von den zu erwartenden Zahlungen in Kenntnis gesetzt. Solche Staatsdiener begreifen nicht die Grundregel allen effizienten Wirtschaftens, die da lautet: Schlechte Stimmung schafft teure Probleme. Der Aufwand, Anträge auf Stundung und Ratenzahlung zu bearbeiten - nichts anderes muss das Rentnerpaar jetzt nämlich einreichen - verlangt viel mehr Personaleinsatz als frühzeitige Informationen. Außerdem schlägt Politikverdrossenheit teurer zu Buche, als es das Porto für eine persönliche Steuerzahlungsprognose Ende 2004 an die betroffenen Rentner gekostet hätte.

Für unser altes Ehepaar endet die Geschichte schmachvoll. Der Begriff "Stundung" unterminiert ihr Selbstbewusstsein, denn er stellt ihre finanzielle Gediegenheit in Frage, auf die sie ihr Leben lang stolz gewesen sind; mit Ratenzahlungen verhält es sich ähnlich. Dass man sie nicht rechtzeitig aufgeklärt hat, ja mit einem falschen Signal zum Geldausgeben verleitete, passt nicht in ihr Weltbild vom vernünftigen Staat. Noch weniger allerdings gilt das für eine Neuregelung ab 2007: Dann zahlt der Bürger für verbindliche Auskünfte des Finanzamts Gebühren - zusätzlich zu seinen Steuern. Das schafft Anreize für Staat und Bürokratie, noch undurchsichtiger, uninformativer und bürgerfeindlicher zu agieren - und sich den Service der Klarstellung anschließend bezahlen zu lassen. Dieser fiskalische Schachzug dürfte die ohnehin beschädigte Vertrauensbasis zum Finanzamt zusätzlich erschüttern. Eine staatsbürgerschaftliche Identifikation erreicht man so gewiss nicht, viel eher wird der Staat wieder als das betrachtet, als das er schon in vordemokratischen Zeiten galt: eine unberechenbare, gefräßige Hydra.



Florian Felix Weyh (Bild: Katharina Meinel)

Florian Felix Weyh, Schriftsteller, geboren 1963, lebt als Autor und Publizist in Berlin. Preise und Stipendien für Drama, Prosa und Essay; seit 1988 arbeitet er regelmäßig als Literaturkritiker für den Deutschlandfunk. Ein neues Buch "Vermögen - Was wir haben, was wir können, was wir sind" erschien 2006. Verstreute Texte und weitere Informationen zur Person sind auf www.veyh.info zu finden.

© 2006 Deutschlandradio